Populismus und Klimaschutz

Der AfD-Klimadiskurs

von Georg Sturm

Abstract

Die Auseinandersetzung um die Ausgestaltung des Klimaschutzes bestimmt spätestens seit dem Aufkommen der „Fridays for Future"-Bewegung einmal mehr die öffentliche Debatte in Deutschland. Als Reaktion auf die Klimabewegung hat die Alternative für Deutschland (AfD) den Kampf gegen den Klimaschutz zur neuen Hauptaufgabe ihrer Partei auserkoren. Ziel dieses Beitrags ist es – unter Rückgriff auf ökonomische, kulturelle und politische Erklärungsansätze für das Erstarken autoritär-populistischer Parteien – zu untersuchen, inwiefern die AfD mit ihrem Klimadiskurs populistisches Protestpotenzial adressiert. Die qualitative und quantitative Auswertung der AfD-Pressemitteilungen zu diesem Thema zeigen, dass die AfD in ihrem Anti-Klimadiskurs in erster Linie die Angst vor ökonomischen Einbußen schürt und soziale Abstiegsängste ihrer (potenziellen) Wähler*innenschaft anspricht, sich aber auch an das aus einem kulturellen Wertewandel und politischer Entfremdung resultierende, autoritär-populistische Protestpotenzial richtet. Aus dieser Erkenntnis werden Empfehlungen für eine Klimaschutzpolitik abgeleitet, welche die Akzeptanz für Klimaschutzmaßnahmen erhöhen könnten.

abstract

Schlagwörter

Populismus; Klimaschutz; Alternative für Deutschland

1. Einleitung

In einem Gespräch mit der „Welt“ erklärte der Parteivorsitzende der „Alternative für Deutschland“ (AfD) Alexander Gauland im September 2019 den Kampf gegen den Klimaschutz zur neuen Hauptaufgabe seiner Partei: „Die Kritik an der sogenannten Klimaschutzpolitik ist nach dem Euro und der Zuwanderung das dritte große Thema für die AfD.“ (zitiert nach Kamann 2019) Während die Auseinandersetzung um den Klimaschutz spätestens seit dem Aufkommen der „Fridays for Future“-Bewegung die öffentliche Debatte in Deutschland bestimmt, versucht die AfD einen Gegendiskurs zu etablieren, indem sie sowohl den Klimawandel an sich infrage stellt als auch die Klimapolitik der Bundesregierung und die klimapolitischen Positionen anderer Akteur*innen grundsätzlich kritisiert („Klimahysterie“; Meuthen 2019).

Die mit der Energiewende und dem Klimaschutz einhergehenden Transformationsprozesse sind aus sozialwissenschaftlicher Perspektive von erheblicher Relevanz, da sie zeigen, wie gesellschaftliche Aushandlungs- und Verarbeitungsprozesse ablaufen. Neben klassischen energiepolitischen Analysen im Kontext der Energiewendeforschung wird hierbei vermehrt auf Ansätze aus der Diskurs-, Lebenswelt- und sozialen Bewegungsforschung zurückgegriffen. Der politische und gesellschaftliche Kontext der Energiewende wird im Folgenden als „ideale Vorlage für Kritik von populistischen Bewegungen“ und ein Spiegelbild gesellschaftlicher Stimmungslagen angesehen (Radtke et al. 2019: 5f.).

Ziel dieses Beitrags ist es, zu untersuchen, inwiefern die AfD mit ihrem Klimadiskurs populistisches Protestpotenzial adressiert. Hierbei wird von einem Diskursbegriff ausgegangen, nach dem soziale Akteur*innen sowohl als diskursiv konstituierte Handelnde als auch als aktive Produzent*innen und Rezipient*innen von Diskursen in Erscheinung treten (vgl. Keller 2008: 12). Da das Forschungsinteresse dieses Beitrags darin besteht, zu untersuchen, wie die AfD ein bestimmtes Klima-Narrativ strategisch einsetzt, liegt der Fokus weniger auf dem Aspekt, wie Subjekte diskursiv produziert werden, sondern vielmehr auf der Rolle handelnder Akteur*innen im Prozess der Diskursproduktion. Dadurch soll die Frage beantwortet werden, warum die AfD dieses Thema zur neuen Hauptaufgabe der Partei erklärt hat. Unter Rückgriff auf ökonomische, kulturelle und politische Erklärungsansätze für das Erstarken autoritär-populistischer Akteur*innen (vgl. Zürn 2018) wird abschließend diskutiert, welche der Erklärungsansätze die von der AfD eingenommene Haltung und diskursive Strategie zu diesem spezifischen Thema am besten erklären.

In einem ersten Schritt werden der Begriff des (autoritären) Populismus theoretisch

konzeptualisiert und die drei zentralen Erklärungsansätze für dessen Erstarken skizziert. Die *ökonomische* Unsicherheitsperspektive (vgl. Manow 2018; Kohlrausch 2018), der *kulturelle* Wertewandel (Inglehart/Norris 2016; de Wilde et al. 2019) und die *politische* Entfremdung (Zürn 2018) dienen als Konzepte, aus denen deduktive Oberkategorien für die kategoriengeleitete qualitativ-orientierte Textanalyse abgeleitet werden. Mithilfe dieser wird AfD-Klimadiskurs auf Grundlage der Pressemitteilungen des AfD-Bundesvorstands zum Thema „Klima" aus dem Jahr 2019 in einem zweiten Schritt inhaltsanalytisch untersucht und im Hinblick auf die verschiedenen Erklärungsansätze sowohl interpretativ als auch quantitativ ausgewertet.

Mithilfe der Ergebnisse wird abschließend die Frage beantwortet, welche Erklärungsmuster die Auswahl dieses Themas als Hauptaufgabe der Partei plausibel begründen können. Zudem wird diskutiert, welche politischen Lehren aus diesen Forschungsergebnissen gezogen werden können, um Klimaschutzpolitik gegen Angriffe autoritär-populistischer Akteur*innen zu wappnen und die gesellschaftliche Akzeptanz für Klimaschutz-Maßnahmen zu erhöhen.

2. Autoritärer Populismus und seine Erklärungsansätze

Für den niederländischen Politikwissenschaftler Cas Mudde (2004) ist Populismus von zwei zentralen Merkmalen gekennzeichnet: Zum einen teilt diese Ideologie die Gesellschaft in zwei in sich homogene und antagonistische Gruppen ein – „the pure people" auf der einen und „the corrupt elite" auf der anderen Seite (Mudde 2004: 543). Zum anderen unterstellt der Populismus, es gäbe den einen „volonté générale", dessen Umsetzung er für sich beansprucht (ebd.). Als „dünne" Ideologie („thin-centred ideology") habe Populismus einen nur begrenzten ideologischen Kern (Freeden 1998: 750), der sich auf der Grundlage der beiden genannten Merkmale mit unterschiedlichen „host ideologies" verbinden lässt. Innerhalb der verschiedenen Definitionen in der Populismusforschung eignet sich ein solcher Populismusbegriff am besten, da er Populismus nicht nur auf seine politisch-kommunikative Strategie reduziert (wie dies etwa Jagers/Walgrave 2007; Bonikowski 2017 tun), sondern auf dessen („dünnen") ideologischen Kern abzielt, der von Anti-Elitismus und Volkszentriertheit gekennzeichnet ist.

Da diese Definition verschiedene Ausprägungen des Populismus umfasst und der verbreitete Begriff des Rechtspopulismus zur Charakterisierung der AfD

verharmlosend und aufgrund seiner häufigen Nutzung als politischer Kampfbegriff unpräzise ist, wird im Folgenden auf das Konzept des völkisch-autoritären Populismus des Sozialwissenschaftlers Alexander Häusler (2019) zurückgegriffen. Dessen Charakterisierung ist geeignet, da sie richtigerweise feststellt, dass die AfD als parteipolitisches Dach verschiedener Milieus sowohl (rechts)populistische als auch autoritäre, völkisch-nationalistische und extrem rechte Positionen und Strategien in sich vereint (ebd.: 83ff.).

2.1 Populismus und Demokratie

Das Verhältnis des Populismus zur Demokratie ist Gegenstand einer kontroversen Debatte in der Politischen Theorie und Populismusforschung. Vertreter*innen eines deliberativen Demokratieverständnisses stellen eher die negativen und demokratiegefährdenden Aspekte des (autoritären) Populismus in den Vordergrund. Ihnen zufolge ist der Populismus anti-liberal, anti-pluralistisch und anti-multilateral (vgl. Zürn 2018: 3).

Anhänger*innen eines antagonistischen Demokratieverständnisses betonen hingegen den demokratisierenden Charakter von populistischen Ausdrucksformen (vgl. Laclau 2018; Mouffe 2018). Der Politologe Philip Manow sieht in dem Erfolg populistischer Akteur*innen keinen Ausdruck der Krise der Demokratie, sondern vielmehr das Ergebnis einer tiefen Legitimationskrise der demokratischen Repräsentation (vgl. Manow 2020: 21). Diese Überlegung weist daraufhin, dass populistischer Protest als Korrektiv einer niedrigen Responsivität des politischen Systems gegenüber bestimmten Interessen funktionieren kann. Vor diesem Hintergrund dient die Analyse des AfD-Klimadiskurses auch der Identifikation möglicher Repräsentationslücken in der Klimaschutzpolitik. Daraus sollen Empfehlungen abgeleitet werden, wie Klimapolitik eine höhere gesellschaftliche Akzeptanz erlangen kann.

Wieso es in den letzten Jahren zu einem Aufstieg autoritär-populistischer Parteien in Europa kommen konnte, wird in der Politikwissenschaft und Soziologie kontrovers diskutiert. Im Wesentlichen lassen sich die verschiedenen Ausführungen drei zentralen Erklärungsansätzen zuordnen – einer ökonomischen, einer kulturellen und einer politischen Erklärung. Diese werden im Folgenden in ihren Grundzügen skizziert, um daraus Kategorien abzuleiten, die die inhaltsanalytische Untersuchung des AfD-Klimadiskurses strukturieren können.

Hierbei ist es wichtig anzumerken, dass es sich bei der Zustimmung zu autoritär-populistischen Parteien und Bewegungen um ein vielschichtiges Phänomen handelt, das sich nicht monokausal erklären lässt (vgl. Dörre et al. 2018: 58). Die drei

zentralen Erklärungen sind – anders als oftmals von den Vertreter*innen der jeweiligen Ansätze unterstellt – durchaus miteinander verwoben. Auf die Interdependenzen der verschiedenen Erklärungsansätze hebt insbesondere Klaus Kraemer (2018: 288) ab, wenn er feststellt, „dass wechselseitige Beeinflussungen oder Steigerungen von kulturellen, sozioökonomischen und soziopolitischen Faktoren möglich sind". Beispielsweise sei zu vermuten, dass eine stabilere sozioökonomische Position die Gelassenheit steigere, kulturelle Vielfalt im Alltag zu akzeptieren. Auf die Verwobenheit der ökonomischen und der kulturellen Position verweist auch Floris Biskamp und argumentiert, dass die „Ökonomie selbst […] durch Faktoren mitstrukturiert [sei], die gemeinhin als ‚kulturell' verstandenen werden" (Biskamp 2019: 470). Beispielsweise hingen die meist der kulturellen Sphäre zugeordneten Konfliktfelder rund um Geschlecht und Ethnizität eng mit ökonomischen Fragen zusammen (ebd.: 471).

2.2 Ökonomische Erklärung

Die ökomische Erklärung macht in erster Linie die materiellen Folgen des mit der Globalisierung einhergehenden Strukturwandels in den ehemaligen Industriegesellschaften für den Aufstieg des autoritären Populismus verantwortlich. Während die Globalisierung in den letzten Jahrzehnten für einen Anstieg des globalen Entwicklungsniveaus sorgte, nahm die Ungleichheit innerhalb der westlichen Industrieländer zu (Alvaredo et al.: 13ff.). Dem enormen Einkommensanstieg in der Mittelklasse der Weltgesellschaft, also insbesondere der sogenannten Schwellenländer wie China und Indien, steht eine Stagnation der Einkommen der etablierten Arbeiter*innenschaft in den ehemaligen Industrieländern und ein enormer Zugewinn der oberen Einkommensschichten in diesen Ländern entgegen (vgl. Milanović 2016: 11).

Der Sozialwissenschaftler Oliver Nachtwey (2016) spricht in Anbetracht der Einkommensentwicklung in Deutschland von einer „Abstiegsgesellschaft". Während der keynesianische Kapitalismus in der „sozialen Moderne" ein hohes jährliches Wirtschaftswachstum und analog zur Entwicklung der Arbeitsproduktivität steigende Nettorealverdienste sowie eine größere soziale Mobilität ermöglichte, nahm dieser „kollektive Fahrstuhleffekt" (Beck 1986: 124), also der zeitgleiche materielle Zugewinn verschiedener Klassen, in den letzten Jahrzehnten ab. Seit Beginn der 1990er Jahre stiegen die Haushaltseinkommen der oberen sechzig Prozent in Deutschland an, während die unteren vierzig Prozent in diesem Zeitraum Lohnstagnation und -verluste erlebten (Nachtwey 2019: 3). Zudem lässt sich in diesem Zeitraum eine deutliche Zunahme atypischer Beschäftigungsverhältnisse feststellen. Waren im

Jahr 1991 noch 79 Prozent aller Arbeitnehmer*innen in einem Normalarbeitsverhältnis beschäftigt, sank dieser Anteil auf 68,3 Prozent im Jahr 2014. Im selben Jahr waren 29,9 Prozent der Erwerbstätigen atypisch, beispielsweise befristet, in Teilzeit oder über Leiharbeit, angestellt (ebd.: 3ff.). In einer Studie für die gewerkschaftsnahe Hans-Böckler-Stiftung argumentiert die Soziologin Bettina Kohlrausch (2018: 4), „dass soziale Verunsicherung und soziale Ängste wichtige Treiber der AfD Wahl sind". Auch wenn Abstiegsängste bei Geringverdiener*innen am stärksten ausgeprägt seien, betreffe die Sorge vor gesellschaftlichem Abstieg auch Personen aus der Mittelschicht mit vergleichsweise hohem Einkommen.

Deren Abstiegsängste resultierten vielmehr aus einem Gefühl des „Ausgeliefertseins" und der Sorge vor gesellschaftlichen Veränderungen am Arbeitsplatz durch Globalisierung und Digitalisierung speisen (vgl. ebd.: 18, 22). In diesem Gefühl der sozialen Verunsicherung sieht Kohlrausch den Nährboden für den Aufstieg der AfD.

Korte et al. stellen fest, dass die AfD eine „typische ‚Defizitpartei'" sei, die für Wähler*innen attraktiv sei, da sie Angebote mache, die bei den etablierten Parteien (vermeintlich) fehlten (2015: 60). Beispielsweise wird vermutet, dass in der ablehnenden Haltung der AfD-Anhänger*innen gegenüber Geflüchteten oftmals Gerechtigkeitsfragen eine Rolle spielen. Insbesondere in unteren Schichten wird es als ungerecht wahrgenommen, dass bei öffentlichen Ausgaben jahrelang gespart wurde, für Geflüchtete jedoch Geld gezahlt werde. Für diese Personen scheint die AfD eine Lücke zu füllen und „eine Alternative zur Merkelschen Flüchtlingspolitik anzubieten" (Hambauer/Mays 2018: 151). Ein ähnliches Phänomen lässt sich in Bezug auf das Thema Klimaschutz beobachten, wie die folgende Analyse des AfD-Klimadiskurses zeigt.

2.3 Kulturelle Erklärung

Während die ökonomische Erklärung die materiellen Folgen des Strukturwandels durch die Globalisierung in den Vordergrund rückt, nehmen die kulturellen Erklärungsansätze den mit dieser Entwicklung einhergehenden Wertewandel in den Blick. Das Aufkommen des autoritären Populismus wird im Wesentlichen als Gegenreaktion auf diesen Wertewandel verstanden, der sich an den Schlagwörtern Post-Materialismus, Multikulturalismus und Feminismus festmacht (vgl. Zürn 2017.: 3f.). Diese Erklärung verweist auf eine neue gesellschaftliche Konfliktlinie, die als Ergebnis der sozialen Revolution der Globalisierung die im 20. Jahrhundert prädominante Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Links und Rechts, um eine kulturelle Dimension er-

> Das Aufkommen des autoritären Populismus wird im Wesentlichen als Gegenreaktion auf diesen Wertewandel verstanden, der sich an den Schlagwörtern Post-Materialismus, Multikulturalismus und Feminismus festmacht.

weitert, den Gegensatz zwischen Kosmopolit*innen und Kommunitarist*innen (vgl. ebd.: 4).

Der Politikwissenschaftler Michael Zürn sieht im autoritären Populismus und im Neoliberalismus jeweils eine „schmutzige" Variante (2018: 7) der politischen Ideologien des Kommunitarismus des Kosmopolitismus. Der Gegensatz von Kosmopolit*innen und Kommunitarist*innen kondensiert sich an der Bewertung der Bedeutung von Grenzen: Während sich Kosmopolit*innen tendenziell für offene Grenzen und Multilateralismus einsetzen, betonen Kommunitarist*innen die ordnungspolitische Ebene des Nationalstaats zur Verwirklichung von Demokratie und Gerechtigkeit (vgl. ebd.: 7f.).

In diesem kulturellen Konflikt stehen sich Globalisierungsgewinner*innen und -verlierer*innen entgegen. Wer von den kulturellen Vorteilen der Globalisierung profitieren kann, hängt stark vom transnationalen Sozialkapital ab (vgl. de Wilde et al. 2019). Während die sogenannten „Anywheres" über höhere Mobilität verfügen, an keinen Ort gebunden und offen für Veränderung sind, sind die „Somewheres" – oftmals aufgrund geringerer Bildung und finanzieller Ausstattung – lokal oder regional gebunden und lehnen Veränderung, insbesondere Zuwanderung, ab (vgl. Goodhart 2020: 60ff.). Die darauf basierenden Narrative und Identitätskonzepte betonen die Bedeutung des Nationalen und der Heimat, was als Abwehrreaktion auf eine sich verändernde globalisierte Welt verstanden werden kann. Der kulturelle Liberalismus und der damit verbundene Wertewandel („silent revolution") sind in westlichen Gesellschaften so dominant geworden, dass dies zu einer aggressiven Gegenreaktion einstmals kulturell dominanter Sektoren geführt hat, die eine Erosion ihrer Privilegien und ihres Status befürchten (Inglehart/Norris 2016: 3).

2.4 Politische Erklärung

Die politische Erklärung für den Aufstieg des autoritären Populismus, die insbesondere von Michael Zürn (2018) vertreten wird, baut auf dieser neuen gesellschaftlichen Konfliktlinie zwischen

Kosmopolit*innen und Kommunitarist*innen auf. Sie bezieht diese auf durch die strukturellen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte veränderten Prozesse der politischen Entscheidungsfindung. Aus einer historisch-institutionalistischen Perspektive stellt dieser Erklärungsansatz eine zunehmende Verbreitung nicht-majoritärer Institutionen – wie Zentralbanken, Verfassungsgerichte oder internationale Organisationen – in konsolidierten Demokratien fest (vgl. Zürn 2017).

Innerhalb dieser nicht-majoritären Institutionen und internationalen Organisationen kommt es zu einem kosmopolitischen Bias: Politische Eliten innerhalb dieser Institutionen sind besonders kosmopolitisch eingestellt, wohingegen die kommunitaristische Position in nationalen Parlamenten und Parteien tendenziell verbreiteter ist (vgl. Zürn 2018: 12). In diesem Zuge lässt sich eine gesunkene Responsivität des politischen Systems gegenüber den Präferenzen der stärker kommunitaristisch eingestellten Gesellschaftsschichten feststellen (vgl. Elsässer et al. 2017), was bei diesen Menschen zu dem Gefühl führt, nicht ausreichend von den nicht-majoritären Institutionen repräsentiert zu werden.

Autoritäre Populist*innen bedienen die Gefühle der politischen Exklusion und der Machtlosigkeit dieser (meist kommunitaristisch eingestellten) Bevölkerungsschichten über das Narrativ der „schweigenden Mehrheit“ und der „korrupten Eliten“ (Zürn 2017: 4f.). Insbesondere im Nachgang zu Krisensituationen ist dieses Narrativ vielversprechend, da sich in diesen Momenten der kosmopolitische Bias der Politiken der nicht-majoritären Institutionen zeigt, wie im Fall der Eurokrise oder der sogenannten Flüchtlingskrise (vgl. ebd.: 30).

3. Methodik

Vor dem Hintergrund dieser drei wesentlichen Erklärungsansätze für das Aufkommen des autoritären Populismus wird im Folgenden der AfD-Diskurs zum Thema Klimaschutz inhaltsanalytisch ausgewertet. Die Datengrundlage der Inhaltsanalyse bilden die Pressemitteilungen des AfD-Bundesvorstands zum Thema „Klima“ aus dem Jahr 2019. Pressemitteilungen sind das zentrale Medium der Pressearbeit von Parteien. Kommunikationswissenschaftliche Untersuchungen zeigen, dass die Übernahmequoten von Pressemitteilungen von Parteien hoch sind und Themen und Timing der Medienberichterstattung beeinflussen (vgl. Schulz 2011: 294). Pressemitteilungen haben als organisationsseitig autorisiertes Vermittlungsmedium zum Ziel, die offizielle Position der Bundespartei und ihrer führenden Vertreter*innen zu aktuellen Themen und Ereignissen zu kommunizieren. Pressemitteilungen richten sich neben den Journalist*innen als

Zwischenvermittler*innen an die eigentliche Zielgruppe der Informationsangebote (vgl. Szyszka/Christoph 2015: 801), in diesem Fall alle Wähler*innen und potenziellen Unterstützer*innen der Partei. Sie stellen also ein geeignetes Medium dar, um sowohl die aktuelle inhaltliche Positionierung der Partei als auch die kommunikative Strategie und Adressierung der (potenziellen) Wählerschaft zu untersuchen.

Ein besonderer Fokus wird aus verschiedenen Gründen auf den Zeitraum von September bis Dezember 2019 gelegt. Zum einen wurden in diesen Monaten vermehrt Pressemitteilungen zum Thema Klima durch die AfD veröffentlicht. Dies deckt sich zeitlich mit der Ankündigung des AfD-Parteivorsitzenden Gauland, der Ende September forderte, den Kampf gegen den Klimaschutz zur neuen Hauptaufgabe seiner Partei zu machen (Kamann 2019). Zum anderen fanden in diesen Monaten mit dem globalen Klimastreik und den Beratungen des Klimakabinetts über das Klimaschutzpaket am 20. September sowie der UN-Klimakonferenz und der Ankündigung des europäischen Green Deals Anfang Dezember wichtige Ereignisse im Zusammenhang mit der Klimapolitik statt.

Die kategoriengeleitete qualitativ-orientierte Textanalyse nach Mayring/Fenzel (2014) ist für diese Fragestellung eine geeignete Methode, da mit ihr einerseits vergleichsweise große Datenmengen ausgewertet werden können und sie aufgrund ihres regelgeleiteten Vorgehens intersubjektiv überprüfbar ist, sowie andererseits durch die qualitativ-interpretative Analyse auch latente Sinngehalte der untersuchten Texte erfassen und diese kontextualisieren kann (vgl. ebd.: 543). Das Vorgehen stellt eine Kombination aus deduktiver Kategorienanwendung und induktiver Kategorienbildung dar.

Vor dem Hintergrund der theoretischen Überlegungen aus Kapitel 2 wird die Analyse durch die drei deduktiven Oberkategorien strukturiert: 1. Ökonomische Unsicherheit; 2. kultureller Wertewandel und 3. politische Entfremdung. Auch wenn die drei Erklärungen, wie oben angemerkt, in Wechselwirkung zueinander stehen und keine monolithischen Ansätze darstellen, eignen sich diese Dimensionen dennoch aus zwei Gründen zur Ableitung idealtypischer Kategorien: Zum einen wird die wissenschaftliche Debatte entscheidend durch diese drei Erklärungsansätze strukturiert und die meisten Beiträge lassen sich einer der Strömungen zuordnen. Zum anderen verweisen die drei Erklärungen auf im Kern klar voneinander unterscheidbare Ursachen für das Erstarken des autoritären Populismus, auch wenn diese in manchen Kontexten zusammenhängen oder sich potenzieren mögen (vgl. Kraemer 2018: 288). Gleichzeitig identifizieren sie damit unterschiedliche Argumentationsweisen

und Narrative, die von autoritär-populistischen Akteur*innen aufgegriffen und bedient werden.

Die drei Oberkategorien wurden im Zuge der Auswertung mit induktiv aus dem Quellenmaterial entwickelten Kategorien präzisiert. In Bezug auf das Abstraktionsniveau wurden alle Argumente und Stellungnahmen im Material zu den jeweiligen klimapolitischen Themen und Fragestellungen in induktive Kategorien codiert. In diesem Fall sind diese induktiven Kategorien gleichbedeutend mit sogenannten Frames.

Frames oder Rahmen werden hier mit Rein und Schön verstanden als „way of selecting, organizing, interpreting, and making sense of a complex reality" (1993: 146). Frames führen ihnen zufolge zu verschiedenen Sichtweisen auf die Welt und erzeugen damit eine Vielzahl sozialer Realitäten. Das Framing eines bestimmten Sachverhalts kann verschiedene Bewertungen und damit zusammenhängend unterschiedlichen Handlungen als Antwort darauf zur Folge haben. Politische Akteur*innen greifen daher im „Kampf um Ideen" (Stone 2002: 13) auf bestimmte Frames als strategisches Mittel zurück, um einen Sachverhalt zu erfassen und in einer bestimmten Weise zu konstruieren – mit dem Ziel, Deutungshoheit zu erlangen. Den Frames liegen dabei immer bestimmte Werte, Normen und Ideen, ein „appreciative system", zugrunde (ebd.: 146f.). Die Überlegungen der Frame-Analyse eignen sich für die Fragestellung dieser Arbeit als Erweiterung der Inhaltsanalyse, da sie zu verstehen hilft, inwiefern die AfD bestimmte klimapolitische Sachverhalte unter Bezug auf „appreciative systems" diskursiv rahmt, um populistisches Protestpotenzial zu aktivieren.

Angelehnt an das Verfahren der kategoriengeleiteten qualitativ-orientierten Textanalyse nach Mayring und Fenzel (2014) wurde bei der Inhaltsanalyse, die mithilfe der Open Access-Webapplikation QCAmap durchgeführt wurde, in den folgenden Schritten vorgegangen: Als *Kodiereinheit* als kleinstem auszuwertenden Materialbestandteil wurden mehrere Wörter mit Sinnzusammenhang, bedeutungstragende Phrasen festgesetzt. Die *Kontexteinheit*, der größte in eine Kategorie fallende Textbestandteil, besteht in einem Absatz, also einem in mehreren Sätzen entfalteten Argument. Die *Auswertungseinheit* stellt die Summe aller Pressemitteilungen dar.

In einem ersten Test-Durchlauf von etwa einem Drittel aller Pressemitteilungen wurden induktive Kategorien innerhalb der deduktiven Oberkategorien aus dem Text entwickelt. Nach dem ersten Durchlauf wurden Kategorien, welche sich auf einen ähnlichen Gegenstand bezogen, zusammengefasst und reduziert. Aufgrund mehrfacher Quernennungen von

Ausprägungen aller Oberkategorien wurde eine weitere Oberkategorie „Klimahysterie" entwickelt. Die darin enthaltenen Frames „Vernunft statt Ideologie" und „Sozialismus-Vorwurf" lassen sich keiner der drei Oberkategorien klar zuordnen, sondern bilden vielmehr die Grundlage der drei Kategorien, da in ihnen die ablehnende Haltung der AfD zu Klimaschutzpolitik im Allgemeinen zum Ausdruck kommt. Im endgültigen Materialdurchlauf erfolgte dann anhand des induktiv entwickelten Kategoriensystems mit den vier deduktiven Oberkategorien die Kodierung aller 29 Pressemitteilungen.

4. Der AfD-Klimadiskurs

Die Grundlage für die drei Oberkategorien bildet die Sonder-Kategorie „Klimahysterie", die in den drei Frames enthalten ist, mithilfe derer die AfD den Klimaschutz als ideologisch getriebenes Projekt darstellt und den Klimawandel als solchen – mehr oder weniger direkt – leugnet. Da diese Frames nicht inhaltlich argumentieren, sondern den Klimawandel an sich und die Notwendigkeit des Klimaschutzes infrage stellen und sich in keine der drei Oberkategorien einordnen lassen, werden sie an dieser Stelle der Vollständigkeit halber nur kurz skizziert.

In einer Pressemitteilung zur Rede der AfD-Fraktionsvorsitzenden Alice Weidel während der Generaldebatte über den Haushalt des Bundeskanzleramts im September 2019 wird wiedergegeben, wie sie die Schwere des Klimawandels leugnet und dessen Ausmaße als reine Einbildung darstellt: Weidel sagt, die Bundesregierung verschwende „Abermilliarden, um imaginierte Weltuntergänge in ferner Zukunft abzuwenden" (Weidel 11.09.2019). An anderer Stelle wird der Einfluss des Menschen auf das Klima von AfD-Umweltpolitiker Karsten Hilse infrage gestellt und der Klimawandel als ein „natürlicher Prozess seit Hunderten Millionen von Jahren" beschrieben (AfD 19.09.2019).

In diesem Sinne wird Klimaschutzpolitik als rein ideologisches und vernunftbefreites Projekt geframed: Die Energiewende wird als „unproduktive[s] ideologische[s] Prestigeprojekt[]" beschrieben (Weidel 16.10.2019) und Klimaschutzpolitik als „Klimahysterie" (Brandner 18.12.2019), „Klimawahn" (Padzderski 19.09.2019) oder „ideologiepolitischer Irrweg" (Weidel 18.10.2019) bezeichnet. An mancher Stelle werden Klimaschutzmaßnahmen der Bundesregierung oder der Europäischen Kommission als „grün-sozialistische Ideologie" (Weidel 11.09.2019) geframed und damit an das kollektive Gedächtnis der Deutschen und die negativen Erfahrungen mit dem „real existierenden Sozialismus" im Sinne eines „appreciative system" appelliert.

4.1 Ökonomische Unsicherheit

Innerhalb des Themenkomplexes Klima- und Umweltpolitik thematisiert die AfD in ihren Pressemitteilungen besonders häufig die Energiewende. Alle Aussagen, die auf die (vermeintlichen) finanziellen Folgen für die Bürger*innen abzielen und die Kosten von Energiewende und Klimaschutz in den Vordergrund rücken, werden unter dem Frame „Bürger*innen zahlen Klimaschutz" (A2) zusammengefasst. Die AfD stellt die Energiewende als „Albtraum" für die Bevölkerung dar, was sich in hohen Stromkosten bemerkbar mache (Weidel 05.09.2019). Aus diesem Grund fordert die AfD, „die Energiewende, die außerdem zum Verlust von Millionen von Arbeitsplätzen führen wird, sofort zu beenden" (Padzderski 19.09.2019). Dabei wird mehrfach behauptet, dass die „verkorkste Energiewende" und der „überhastete Kohleausstieg" die Bürger*innen „immer tiefer in die Tasche greifen" lasse und die Stromversorgung in Gefahr (A3) sei (Gauland 13.03.2019). Durch den Verweis auf eine drohende Gefährdung der Versorgungssicherheit mit Strom in Deutschland werden Ängste vor strukturellen Veränderungen adressiert und das Projekt der Energiewende diskreditiert.

Neben der Energiewende werden sämtliche Klimaschutzmaßnahmen stets als zusätzliche Kosten für „die ganz normalen Leute" gerahmt (Weidel 27.09.2019). Die AfD unterstellt, die Bundesregierung beute „unter dem Vorwand des ‚Klimaschutzes' […] die Steuerbürger skrupellos aus" und nutze die „Klima-Hysterie", um Steuererhöhungen durchzusetzen (Weidel 18.10.2019). Die AfD stellt fest, dass eine Verteuerung des Autofahrens und der Energienutzung „vor allem die kleinen Leute" treffe. Aus dieser Kritik an der ungerechten Verteilung von Kosten durch Klimaschutzmaßnahmen leitet sie die pauschale Folge ab: „Es gibt keine ‚sozial gerechte' Klimapolitik." (ebd.)

Die eigentlichen Ziele und der Sinn der Klimaschutzmaßnahmen, nämlich die Reduktion von Treibhausgasen und die damit verbundene Einhaltung von Klimazielen, werden in den Pressemitteilungen nicht thematisiert. Vielmehr werden diese Maßnahmen als ein Selbstzweck oder gar als absichtliche Drangsalierung der Bevölkerung („Klima-Abzocke"; Weidel 27.09.2019) dargestellt.

Indem die AfD stets betont, dass sämtliche Klimaschutzmaßnahmen zu Lasten der „kleinen Leute", „des kleinen Mannes", der „ganz normalen Leute" oder der „Normalbürger" gingen, adressiert sie explizit die Bevölkerungsschichten, die, wie oben festgestellt, in den letzten beiden Jahrzehnten Lohnstagnation oder -verluste erlebt haben. Sie appelliert an die Abstiegsängste, die soziale Verunsicherung und das Gefühl des „Ausgeliefertsein" der Menschen, die,

wie Kohlrausch (2018) zeigt, ein wesentlicher Treiber der Entscheidung sind, AfD zu wählen.

Diese Ängste versucht die AfD zu schüren, indem sie Klimaschutz als Gefährdung von Wohlstand und Arbeitsplätzen (A1) rahmt. Mit ihrer „absurden Klimapolitik" trage die Bundesregierung „entscheidend zur weiteren Verarmung der Mittelschicht bei" und treibe Wirtschaft und Arbeitsmarkt „noch tiefer in die Krise", sagt AfD-Fraktionsvorsitzende Alice Weidel (27.09.2019). Damit knüpft sie an das Gefühl vieler Menschen an, gesellschaftlichen Abstieg zu erfahren und von dem Wirtschaftswachstum der letzten Jahre nicht zu profitieren.

Sehr häufig wird die Gefährdung des Wirtschaftsstandorts Deutschland und der deutschen Automobilindustrie durch Klimaschutzmaßnahmen betont. Die AfD appelliert damit an das „appreciative system" des in Deutschland tief verankerten Stolzes auf die Automobilindustrie als Arbeitsplatzgarant und Motor für Wohlstand und Wirtschaftswachstum: Der „pseudo-Klimaschutz" sei „ein Programm zur Industrie- und Arbeitsplatzvernichtung" (Weidel 11.09.2019) und der „Klimaaktionismus der Bundesregierung" nichts anderes als „eine dramatische Wettbewerbsverzerrung für unsere heimische Wirtschaft" (Protschka 20.09.2019). „Wirtschaftssadistische Ökoideologen" gefährdeten Wachstum in Deutschland und die „über Jahrzehnte hinweg mühsam aufgebaute Automobilindustrie und Zuliefererbetriebe" würden durch „meinungsprägende Ökopopulisten" für deren „vorgeblich grünes Gewissen" zerlegt (Meuthen 22.01.2019). Die „Automobilindustrie als Motor der Industrie" werde „mutwillig im Namen des Klimawahns beschädigt" (Weidel 16.10.2019) und tausende Arbeitsplätze durch die „industriefeindliche Grünen-Politik der Klima-Aktivisten" vernichtet (Kalbitz 06.08.2019).

Neben der Sorge vor gesellschaftlichem Abstieg adressiert die AfD mit diesen Horrorszenarien die Angst vieler Menschen, insbesondere der traditionellen Arbeiter*innenschaft, vor einem (durch die Globalisierung bedingten) Strukturwandel. Es wird versucht, die ökonomischen

> Es wird versucht, die ökonomischen Globalisierungsverlierer*innen gegen Klimaschutz aufzubringen, indem dieser für Ungerechtigkeiten und möglicherweise drohende ökonomische Verluste verantwortlich gemacht wird.

Globalisierungsverlierer*innen gegen Klimaschutz aufzubringen, indem dieser für Ungerechtigkeiten und möglicherweise drohende ökonomische Verluste verantwortlich gemacht wird. Besonders deutlich wird dies bei einer Pressemitteilung im Namen von Alexander Gauland, in der der AfD-Fraktionsvorsitzende insinuiert, „dass nun tausende Kohlekumpel vom Ruhrpott bis in die Lausitz keine Zukunft mehr haben und von Armut bedroht sind", sei „den Grünen egal" (Gauland 15.09.2019). Hier werden die berechtigten Zukunftssorgen der alten Industriearbeiter*innenschaft instrumentalisiert, um die Notwendigkeit des Klimaschutzes infrage zu stellen. Die an dieser Stelle vorgenommene Gegenüberstellung der Interessen von Menschen in ländlichen Industrieregionen und den politischen Forderungen der (meist als kosmopolitisch assoziierten) Grünen leitet zur nächsten Oberkategorie über.

4.2 Kultureller Wertewandel

In mehreren Pressemitteilungen der Bundespartei kontrastiert die AfD die „normalen Leute" mit dem Feindbild einer „großstädtischen Elite". Indem sie auf Unterschiede zwischen den Werten und Lebensweisen dieser beiden Gruppen verweist, zielt sie explizit auf die neue gesellschaftliche Konfliktlinie zwischen (städtischen) Kosmopolit*innen und Kommunitaristen*innen (A5) ab. Als Feindbild und Inbegriff kosmopolitischer Werte und Lebensweisen fungieren hierbei Mitglieder und Anhänger*innen der Partei Bündnis 90/Die Grünen. Indem AfD-Parteivize Georg Padzderski behauptet, „die Grünen schwimmen im linksliberalen Mainstream der Elite und üben die kulturelle Hegemonie aus" (Padzderski 11.06.2019), zielt er auf den mit dem kulturellen Liberalismus verbundenen Wertewandel („silent revolution") ab und befeuert den oben beschriebenen kulturellen 'Backlash' der eher traditionalistisch eingestellten Bevölkerung.

Unter Verweis auf die globale Konkurrenz stellt Padzderski fest, dass über Deutschlands Zukunft „keine CO2-Steuer, keine Biotonne, kein Radfahrweg und kein Verbot von Fleisch" entscheide (ebd.). Klimaschutz wird hierdurch reduziert auf die Verteuerung von Konsum, als ein Angriff auf die persönliche Freiheit und als kultureller Imperativ im Konflikt mit traditionellen Lebensweisen. Im Zusammenhang mit der Debatte um eine CO2-Steuer betont die AfD stets die Auswirkungen auf Berufspendler*innen, also insbesondere Bewohner*innen ländlicher Regionen, von Kleinstädten und Vororten, und adressiert damit die „alte Mittelklasse", die sich in ihrer Lebensweise und Werten von der kosmopolitischen und oftmals urbanen „neuen Mittelklasse" unterscheidet (vgl. Reckwitz 2017: 274ff.). Den Gegensatz zwischen einer moralisierenden und „abgehobenen Elite" und den „einfachen

Leuten“ (A6) betont Gauland in einer Stellungnahme zum Grünen-Parteitag 2019, indem er deren Beschlüsse als „eine Mischung von Schizophrenie und moralischer Überheblichkeit, die alle zulasten der Bürger gehen“ beschreibt (Gauland 18.11.2019). Der „moralisierende grüne Zeigefinger“ werde überall schmerzhaft zu spüren sein, unter anderem dadurch, dass sich Autofahren und Fleischkonsum verteuere (ebd.). Diese Warnung vor der Verteuerung einer bestimmten – meist eher als kommunitaristisch gelesenen – Lebensweise illustriert beispielhaft, dass kulturelle und ökonomische Erklärungen miteinander verschränkt sein können und von autoritär-populistischen Akteur*innen diskursiv in ein und demselben Argument verarbeitet werden.

Anstelle des Klimaschutzes versucht die AfD in zahlreichen Pressemitteilungen den Umweltschutz positiv zu besetzen und als Alternative ins Spiel zu bringen (A8). Das „appreciative system“, das diesem Frame zugrunde liegt, ist die semantisch eng mit dem Begriff der Heimat verbundene Umwelt. So plädiert die AfD für „eine Umweltpolitik, die nicht alleine der Klimaindustrie dient, sondern unsere Heimat, ihre Menschen und ihre Natur schützt“ (Padzderski 19.09.2019). Die eigens dafür gestartete Kampagne „Grüne stoppen – Umwelt schützen!“ mit eigener Kampagnen-Website verfolgt das Ziel, (grüne) Klimaschutzpolitik als interessengesteuerte „Klimaindustrie“ zu rahmen und den Schutz der „heimatlichen Umwelt“ dieser entgegenzustellen. Der erneuerbare Energieträger der Windkraftanlagen steht hier als Inbegriff für diesen konstruierten Gegensatz zwischen Klima und Umwelt, indem behauptet wird, dass durch Windkraftanlagen in Deutschland bis zu 100.000 Vögel und bis zu 200.000 Fledermäuse pro Jahr stürben und „Lebensraum für Fauna und Flora und Kulturlandschaften in unvorstellbarer Größe vernichtet“ würde (ebd.). Die AfD macht hier also eine andere Abwägung auf: Die (sichtbar und lokal) sterbenden Vögel aufgrund von Windkraftanlagen sind ihnen wichtiger als (global) sterbende Tierarten aufgrund des Klimawandels.

Diese Betonung des Nationalen und der Heimat wird im Sinne der kulturellen Erklärung als Abwehrreaktion auf eine sich verändernde, globalisierte Welt verstanden. Das Narrativ der zu schützenden Heimat adressiert die sogenannten „Somewheres“, die oftmals aufgrund geringerer Bildung und finanzieller Ausstattung stärker an lokale oder regionale Strukturen gebunden sind (vgl. Goodhart 2020). Durch die prognostizierte Vernichtung der heimatlichen Umwelt sollen die Ängste derjenigen geschürt werden, die Veränderung ohnehin eher ablehnen.

4.3 Politische Entfremdung

In diesem Zusammenhang werden die sogenannten „Anywheres" als Feindbild konstruiert. Tendenziell eher kosmopolitisch eingestellte Entscheidungsträger*innen werden als „E-Auto-Planungsbürokraten in Brüssel und Berlin" dargestellt (Weidel 13.12.2019). Dieses Framing der Entscheidungsträger*innen suggeriert, dass sich Politiker*innen in Deutschland und der EU der demokratischen Kontrolle entzogen hätten („Planungsbürokraten") und in den Zentren der Macht (insb. Brüssel und Berlin) über das Leben der Mehrheit entscheiden und dabei Partikularinteressen (hier: E-Auto) verfolgen würden.

Heftige Kritik wird an den nicht-majoritären Organisationen (A7) in der EU geübt. In einer Pressemitteilung zum Green Deal, der im Dezember 2019 von der der EU-Kommission beschlossenen wurde, nennt AfD-Bundesvorstandsmitglied Sylvia Limmer diesen Maßnahmenplan für eine nachhaltigere EU-Wirtschaft den „größte[n] und schwerwiegendste[n] Angriff auf die freie Gesellschaft in Europa seit dem Fall der Berliner Mauer" (Limmer 13.12.2019). Damit versucht Limmer, die Klimaschutzpolitik der EU als undemokratische Maßnahme darzustellen und Assoziationen mit Freiheitsberaubungen in der DDR hervorzurufen. Der Green Deal der EU-Kommission, der unter anderem durch Investitionen in regenerative Energieträger und eine höhere Bepreisung fossiler Energieträger die EU-Mitgliedsstaaten bis 2050 klimaneutral machen will, sei „ein Sammelsurium an totalitären Maßnahmen, die ein Diktator nicht hätte toppen können" (ebd.). Dadurch wird versucht, das Gefühl der Menschen, nicht ausreichend von den nicht-majoritären Institutionen repräsentiert zu werden, zu nutzen, um die EU-Klimaschutzpolitik als undemokratisch darzustellen.

Limmer beklagt in diesem Zusammenhang die „eigenmächtige Kompetenzerweiterung durch die Kommission" und unterstellt, dass „die Kommission sogar in den Haushalt der Nationalstaaten einzugreifen und Steuern umzulenken" gedenke (ebd.), was weder in dem Green Deal der EU-Kommission vorgesehen noch in den EU-Verträgen rechtlich geregelt ist. Die politische Erklärung führt an, dass die gesunkene Responsivität des politischen Systems gegenüber den Präferenzen der stärker kommunitaristisch eingestellten Gesellschaftsschichten eine der Ursachen für den Aufstieg des autoritären Populismus ist (vgl. Zürn 2018: 12). Dieses Gefühl der Machtlosigkeit und politischen Exklusion wird hier instrumentalisiert, um den Green Deal zu delegitimieren.

Dasselbe Gefühl der Machtlosigkeit bedient auch das Narrativ der stillen Mehrheit (A9), das sich die AfD zu eigen macht, wenn Parteivorsitzender Jörg Meuthen in

einer Pressemitteilung zum Green Deal beklagt, dass die EU-Bürger*innen „immer größere Summen an Steuern für ihre eigene Entmündigung, Entrechtung und Enteignung“ zahlten (Meuthen 11.12.2019). Meuthen stellt hier die Bevölkerung der EU-Mitgliedsstaaten als stille Mehrheit dar, die die „ökosozialistische Umgestaltung unseres Kontinents“ zu bezahlen hätte und keinerlei Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen könne. In diesem Sinne ruft Limmer zum Widerstand auf: „Wenn wir als Bürger nicht geschlossen dagegen vorgehen, wird dies das Ende der freien Gesellschaft sein, wie wir sie kennen.“ (Limmer 13.12.2019)

Während die AfD einerseits das koordinierte Vorgehen der EU ablehnt, bezweifelt sie im Zusammenhang mit dem Klimapaket der Bundesregierung, „dass dieser nationale ‚Klimaschutz-Alleingang‘ der Bundesregierung in einer global vernetzten Welt auch nur die kleinste Auswirkung auf das Weltklima haben wird“ (Protschka 20.09.2019). Die Begrenztheit der deutschen Klimaschutzmaßnahmen und die Kontrastierung des nationalen Handelns mit dem globalen Klimawandel (A7) nutzt die AfD an mehreren Stellen, um die Maßnahmen an sich infrage zu stellen. Auch hier bedient sie das Gefühl der Machtlosigkeit in einer globalisierten Welt, um im selben Atemzug die eigenen nationalen Interessen über gemeinsame globale Interessen zu stellen.

4.4 Quantitative Auswertung: Häufigkeit der Frames

Die quantitative Auswertung der Häufigkeit des Auftretens der Kategorien zeigt, dass die Frames innerhalb der Oberkategorie „ökonomische Unsicherheit“ mit insgesamt 35 Kodierungen deutlich häufiger auftreten als die Frames innerhalb der Oberkategorie „politische Entfremdung“ (14) und „kultureller Wertewandel“ (12). Die Frames innerhalb der zusätzlichen Oberkategorie „Klimahysterie“ kommen mit 24 Kodierungen ebenfalls häufig vor (siehe Abbildung 1).

Die Positionierung der AfD zu klimapolitischen Fragen rückt damit besonders häufig Argumente in den Vordergrund, die sich innerhalb der ökonomischen Erklärung zum Erstarken des autoritären Populismus verorten lassen. Der abschließende Kodierungsdurchlauf hat gezeigt, dass sich die meisten Argumente klar einer der Kategorien innerhalb der Oberkategorien zuordnen lassen. Wenn innerhalb eines Satzes verschiedene (Ober-)Kategorien auftauchten, wurde dies durch eine Mehrfachzuordnung dieser Textbestandteile berücksichtigt.

Die Auswertung der innerhalb der Oberkategorien induktiv entwickelten Kategorien zeigt, dass der Frame „Gefährdung von Wohlstand und Arbeitsplätzen“ besonders häufig auftritt (17), gefolgt von dem Frame „Bürger*innen zahlen Klimaschutz“ (15). Der Frame „Nicht-majoritäre

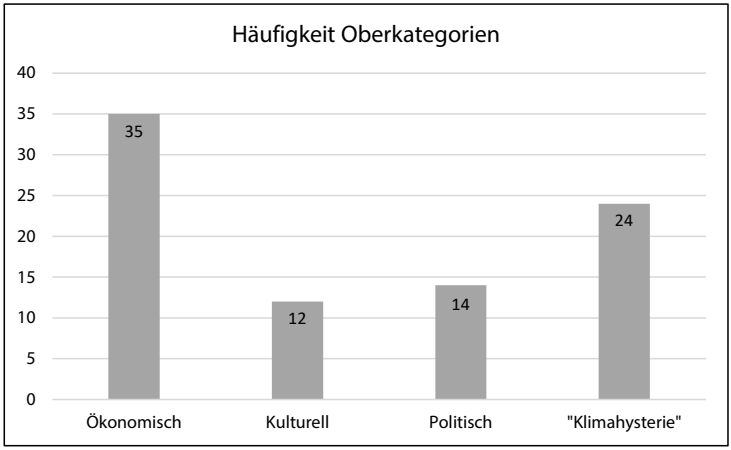

Abbildung 1: *Häufigkeit des Auftretens der deduktiven Oberkategorien*

Oberkategorie 1: Ökonomische Unsicherheit		
Code	Kategoriename	Häufigkeit
A1	Gefährdung von Wohlstand und Arbeitsplätzen	17
A2	Bürger*innen zahlen Klimaschutz	15
A3	Stromversorgung in Gefahr	3

Oberkategorie 2: Kultureller Wertewandel		
Code	Kategoriename	Häufigkeit
A4	Umwelt statt Klima	5
A5	Kosmopolit*innen vs. Kommunitarist*innen	5
A6	Elite vs. einfache Leute	2

Oberkategorie 3: Politische Entfremdung		
Code	Kategoriename	Häufigkeit
A7	Nicht-majoritäre Organisationen	8
A8	National vs. Global	4
A9	Stille Mehrheiten	2

Oberkategorie 4: „Klimahysterie“		
Code	Kategoriename	Häufigkeit
A10	Vernunft statt Ideologie	16
A11	Klimawandel-Leugnung	6
A12	Sozialismus-Vorwurf	2

Tabellen 1 bis 4: *Häufigkeit der Frames innerhalb der Oberkategorien*

Organisationen" innerhalb der politischen Oberkategorie kommt ebenfalls vergleichsweise häufig vor (8). Die beiden kulturellen Frames „Umwelt statt Klima" und „Kosmopolit*innen vs. Kommunitarist*innen" (je 5) werden in den Pressemitteilungen etwa so oft aufgegriffen wie der politische Frame „National vs. Global". Etwas weniger oft sind die Frames „Stromversorgung in Gefahr" (3) sowie „Elite vs. einfache Leute" und „Stille Mehrheiten" (je 2) vertreten.

5. Fazit und Diskussion

Dieser Beitrag hatte zum Ziel, zu untersuchen, inwiefern die AfD mit ihrem Klimadiskurs populistisches Protestpotenzial adressiert. Dafür wurde unter Bezug auf verschiedene aktuelle Arbeiten aus der Populismusforschung, der Politischen Soziologie und der Politischen Theorie ein theoretisches Framework entwickelt. Die drei deduktiven Oberkategorien der ökonomischen Unsicherheit, des kulturellen Wertewandels und der politischen Entfremdung strukturierten die induktive Kategorienbildung der Inhaltsanalyse.

Die quantitative Auswertung der Häufigkeit des Auftretens der Kategorien zeigt, dass die Frames innerhalb der Oberkategorie „ökonomische Unsicherheit" etwa dreimal häufiger verwendet werden als die Frames der beiden anderen Oberkategorien, die etwa gleich häufig vorkommen. Die Betonung ökonomischer Auswirkungen des Klimaschutzes auf die Bevölkerung steht im Zentrum der Positionierung der AfD. Den Kern dieser Argumentation bilden Horrorszenarien, die die Gefährdung des Wirtschaftsstandorts Deutschland und der Autoindustrie sowie horrende zusätzliche (Strom-)Kosten für die „einfachen Leute", Autofahrer*innen und Pendler*innen prognostizieren. In ihren Stellungnahmen zum Thema Klima adressiert die AfD besonders häufig die Angst vor ökonomischen Einbußen und soziale Abstiegsängste, die in Deutschland insbesondere in den unteren Gesellschaftsschichten, aber auch darüber hinaus weitverbreitet sind (vgl. Kohlrausch 2018: 5). Steigende Ungleichheit, Lohnstagnation und -verluste sowie eine zunehmende Prekarisierung bilden die Grundlage dafür, dass das AfD-Narrativ vom Klimaschutz als milliardenschweres Arbeitsplatz- und Industrievernichtungsprogramm, das von den „einfachen Leuten" bezahlt werden müsse, auf fruchtbaren Boden fällt.

Der AfD-Klimadiskurs zielt darüber hinaus auch auf die neue gesellschaftliche Konfliktlinie zwischen Kosmopolit*innen und Kommunitarist*innen ab, die von der kulturellen und der politischen Erklärung ins Zentrum der Analyse gerückt wird. Klimaschutzmaßnahmen werden von der AfD als Angriff auf traditionelle Lebensweisen und als großstädtisches Elitenprojekt gerahmt. Als Feindbild dient insbesondere die Partei der Grünen. Der Schutz der positiv konnotierten

> Wie können Klimaschutzmaßnahmen sozial gerecht ausgestaltet werden, um die Angriffsfläche des ökonomisch motivierten populistischen Protests zu verringern?

und eng mit dem Begriff der Heimat verbundenen (lokalen) Umwelt wird dem (globalen) Klimaschutz vorgezogen. Damit adressiert die AfD eher lokal gebundene „Somewheres", denen mehr am Schutz der heimatlichen Umwelt als an globalen Maßnahmen zum Schutz des Weltklimas liegt.

In diesem Zusammenhang werden die Klimaschutzmaßnahmen nicht-majoritärer Organisationen wie der EU-Kommission als undemokratisch und als Eingriff in die nationalstaatliche Souveränität gerahmt. Damit zielt die AfD explizit auf das Gefühl der politischen Exklusion und Machtlosigkeit eher kommunitaristisch eingestellter Bevölkerungsschichten. Der Frame der schweigenden Mehrheit illustriert exemplarisch, wie das von der politischen Erklärung ausgemachte populistische Protestpotenzial adressiert wird.

Vor dem Hintergrund der vielen Anknüpfungspunkte für einen populistischen Diskurs überrascht es nicht, dass die AfD dieses Thema zur neuen Hauptaufgabe der Partei ausgewählt hat. Der Klimaschutz und der damit verbundene Strukturwandel sind mit einschneidenden Veränderungen verbunden. Daher bietet sich das Thema an, um an die Ängste der Bevölkerung vor sozialem Abstieg und Veränderung zu appellieren. In diesem Politikfeld fallen ökonomische, kulturelle und politische Konflikte zusammen und werden von der AfD über verschiedene Frames adressiert. Die Untersuchung hat gezeigt, dass allen drei Ansätze der Populismusforschung – zumindest in Bezug auf Klimaschutz und das Framing der AfD als autoritär-populistischer Partei in Bezug auf dieses das Politikfeld – Erklärungskraft innewohnt. Durch die Berücksichtigung jeder der drei Erklärungsmuster wurden die verschiedenen Dimensionen des AfD-Klimadiskurses und dessen Vielschichtigkeit sichtbar.

Im Sinne der eingangs angesprochenen demokratisierenden Funktion populistischen Protests als Ausdrucksform marginalisierter Interessen (vgl. Laclau 2018; Mouffe 2018) lassen sich aus diesen Ergebnissen drei zentrale Herausforderungen für eine Klimaschutzpolitik ableiten, die verschiedene Interessen berücksichtigt und in möglichst hohem Maße Akzeptanz in der Bevölkerung erfährt: Wie können Klimaschutzmaßnahmen sozial gerecht ausgestaltet werden, um die Angriffsfläche des ökonomisch motivierten

populistischen Protests zu verringern? Eine Klimaschutzpolitik, die die Lasten gerecht verteilt und im Sinne der Gemeinwohlorientierung eine nachhaltige Infrastruktur und sozialen Ausgleich zur Bewältigung des erforderlichen Strukturwandels schafft, könnte dem zentralen Gegenargument der Klimaschutzgegner*innen die Luft aus den Segeln nehmen. Die Gelbwesten-Bewegung in Frankreich als Reaktion auf die höhere Besteuerung fossiler Kraftstoffe sind ein Paradebeispiel dafür, welche Folgen eine Klimaschutzpolitik haben kann, unter der insbesondere ohnehin schon prekär lebende Bevölkerungsschichten zu leiden haben (vgl. Wahl/Aguiton 2019).

Wie kann Klimaschutz kommuniziert werden, ohne moralisierend zu wirken? Wer darauf hofft, durch den Appell an das grüne Gewissen der Menschen und individuelle Konsumentscheidungen anstelle kollektiver und struktureller Maßnahmen dem Klimawandel beizukommen, missachtet die Funktionslogiken des auf Wachstum basierenden kapitalistischen Wirtschaftssystems. Werden zudem aus einer privilegierten Position heraus bestimmte Lebensweisen und Konsumverhalten unterer Schichten moralisch stigmatisiert, kann dies eine sinkende Akzeptanz und eine Abwehrhaltung gegen Klimaschutz zur Folge haben, wie die heftigen Reaktionen auf das Umweltsau-Lied Ende 2019 vortrefflich illustrieren.

Wie kann die demokratische Debatte über die Ausgestaltung des Klimaschutzes gestärkt und Transparenz hergestellt werden? Auch wenn das Ergreifen von Klimaschutzmaßnahmen unumgänglich ist, braucht es eine Diskussion über die Ausgestaltung dieser. Aufklärung und klare Kommunikation über die Notwendigkeit einer global koordinierten Bekämpfung des Klimawandels könnten zudem zur Akzeptanz gegenüber Klimaschutzmaßnahmen beitragen. Um den Vorwurf der undemokratischen Entscheidungsfindung nachhaltig zu schwächen, bräuchte es darüber hinaus institutionelle Reformen, um die Demokratiedefizite in der EU zu verringern.

LITERATUR

Alvaredo, Facundo/Chancel, Lucas/Piketty, Thomas/Saez, Emmanuel/Zucman, Gabriel/Freundl, Hans/Gebauer, Stephan (2018). Die Weltweite Ungleichheit: Der World Inequality Report 2018. München: C.H. Beck.

Beck, Ulrich (1986): Risikogesellschaft: Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Biskamp, Floris (2019): Ökonomie ist kulturell, Kultur ist ökonomisch: Einspruch zur politischen Ökonomie des Populismus. In: PROKLA. Zeitschrift für Kritische Sozialwissenschaft Jg. 49/3, S. 463-476.

Bonikowski, Bart (2017): Three Lessons of Contemporary Populism in Europe and the United States. In: The Brown Journal of World Affairs Jg. 23, S. 9-24.

de Wilde, Pieter/Koopmans, Ruud/Merkel, Wolfgang/Strijbis, Oliver/Zürn, Michael (Hrsg.) (2019): The Struggle over Borders. Cosmopolitanism and Communitarianism. Cambridge: Cambridge University Press.

Dörre, Klaus/Bose, Sophie/Lütten, John/Köster, Jakob (2018): Arbeiterbewegung von rechts? Motive und Grenzen einer imaginären Revolte. In: Berliner Journal Für Soziologie Jg. 28/1, S. 55-89.

Elsässer, Lea/Hause, Svenja/Schäfer, Armin (2017): „Dem Deutschen Volke"? Die ungleiche Responsivität des Bundestags. In: Zeitschrift für Politikwissenschaft Jg. 27/2, S. 161-180.

Freeden, Michael (1998): Is Nationalism a Distinct Ideology? In: Political Studies Jg. 46/4, S. 748-765.

Goodhart, David (2020): The Road to Somewhere: Wie wir Arbeit, Familie und Gesellschaft neu denken müssen. München: millemari.

Hambauer, Verena/Mays, Anja (2018): Wer wählt die AfD? – Ein Vergleich der Sozialstruktur, politischen Einstellungen und Einstellungen zu Flüchtlingen zwischen AfD-WählerInnen und der WählerInnen der anderen Parteien. In: Zeitschrift Für Vergleichende Politikwissenschaft Jg. 12/1, S. 133-154.

Häusler, Alexander (2019): Kumulative Radikalisierung: Der völkisch-autoritäre Populismus der AfD. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen Jg. 32/1, S. 83-88.

Inglehart, Ronald Franklin/Norris, Pippa (2016): Trump, Brexit and the Rise of Populism: Economic Have-Nots and Cultural Backlash. In: Faculty Research Working Paper Series Jg. 16-026, Cambridge: Harvard Kennedy School. Online verfügbar unter https://www.hks.harvard.edu/publications/trump-brexit-and-rise-populism-economic-have-nots-and-cultural-backlash (06.09.2020).

Jagers, Jan/Walgrave, Stefan (2007): Populism as political communication style: An empirical study of political parties' discourse in Belgium. In: European Journal of Political Research Jg. 46/3, S. 319-345.

Kamann, Matthias (2019): Die AfD und die „sogenannte Klimaschutzpolitik", In: „Die Welt", 29.09.2019. Online verfügbar unter https://www.welt.de/politik/deutschland/article201093000/CO2-Emissionen-Die-AfD-und-die-sogenannte-Klimaschutzpolitik.html (30.04.2020).

Keller, Reiner (2008): Wissenssoziologische Diskursanalyse: Grundlegung eines Forschungsprogramms. Wiesbaden: Springer VS.

Kohlrausch, Bettina (2018): Abstiegsängste in Deutschland. In: Working Paper Forschungsförderung, 58, Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung. Online verfügbar unter https://www.boeckler.de/pdf/p_fofoe_WP_058_2018.pdf (06.09.2020).

Korte, Karl-Rudolf/Leggewie, Claus/Lewandowsky, Marcel (2015): Partei am Scheideweg: Die Alternative der AfD. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, S. 59-67. Online verfügbar unter https://www.blaetter.de/ausgabe/2015/juni/partei-am-scheideweg-die-alternative-der-afd (06.09.2020).

Kraemer, Klaus (2018): Sehnsucht nach dem nationalen Container. Zur symbolischen Ökonomie des neuen Nationalismus in Europa. In: Leviathan Jg. 46/2, S. 280-302.

Laclau, Ernesto (2018): On Populist Reason. London: Verso.

Manow, Philip (2018): Die politische Ökonomie des Populismus. Berlin: Suhrkamp.

Manow, Philip (2020): (Ent-)Demokratisierung der Demokratie. Berlin: Suhrkamp.

Mayring, Philipp/Fenzel, Thomas (2014): Qualitative Inhaltsanalyse. In: Baur, Nina/Blasius, Jörg (Hrsg.): Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung. Wiesbaden: Springer VS, S. 543-556.

Milanović, Branko (2016): Global Inequality: A New Approach for the Age of Globalization. Cambridge: Cambridge University Press.

Mouffe, Chantal (2018): Für einen linken Populismus. Berlin: Suhrkamp.

Mudde, Cas (2004): The Populist Zeitgeist. In: Government and Opposition Jg. 39/4, S. 542-563.

Nachtwey, Oliver (2016): Die Abstiegsgesellschaft. Berlin: Suhrkamp.

Nachtwey, Oliver (2019): Vorwort. In: Chibber, Vivek: Kapitalismus verstehen. Das ABC des Kapitalismus. Berlin: Brumaire, S. 1-5.

Radtke, Jörg/Canzler, Weert/Schreurs, Miranda A./Wurster, Stefan (Hrsg.) (2019): Energiewende in Zeiten des Populismus. Wiesbaden: Springer VS.

Reckwitz, Andreas (2017): Die Gesellschaft der Singularitäten. Berlin: Suhrkamp.

Rein, Martin/Schön, Donald (1993): Reframing Policy Discourse. In: Fischer, Frank/Forester, John (Hrsg.): The argumentative turn in policy analysis and planning. London: UCL Press, S. 145-166.

Schulz, Winfried (2011): Politische Kommunikation. Wiesbaden: Springer VS.

Stone, Deborah (2012): Policy paradox: The art of political decision making. New York: Norton.

Szyszka, Peter/Christoph, Cathrin (2015): Medienarbeit (Presse-/Medienarbeit). In: Fröhlich, Romy/Szyska, Peter/Bentele, Günter (Hrsg.): Handbuch der Public Relations. Wiesbaden: Springer VS, S. 795-813.

Wahl, Peter/Aguiton, Christoph (2019): Gilets Jaunes: Anatomie Einer Ungewöhnlichen Sozialen Bewegung. Köln: PapyRossa.

Zürn, Michael (2018): Autoritärer Populismus vs. offene Gesellschaft – eine neue Konfliktlinie? In: Böll.brief – Demokratie und Gesellschaft. Online verfügbar unter https://www.boell.de/sites/default/files/boll.brief_7_autoritarer_populismus_vs._offene_gesellschaft.pdf?dimension1=division_demo (06.09.2020).

Zürn, Michael (2017): How Non-Majoritarian Institutions Make Silent Majorities Vocal: A Political Explanation of Authoritarian Populism. Unveröffentlichtes Working Paper aus drei Workshops, WZB Berlin Social Science Center and Freie Universität Berlin.

DATENKORPUS AFD-PRESSEMITTEILUNGEN

Alternative für Deutschland (AfD) (19.09.2019). AfD startet Kampagne: Grüne stoppen – Umwelt schützen! Online verfügbar unter https://www.afd.de/afd-startet-kampagne-gruene-stoppen-umwelt-schuetzen/ (30.04.2020).

Brandner, Stephan (18.12.2019): Die CO2-Klimahysterie ist kein guter Ratgeber – die Zeche zahlt der Bürger. Online verfügbar unter https://www.afd.de/stephan-brandner-die-co2-klimahysterie-ist-kein-guter-ratgeber-die-zeche-zahlt-der-buerger/ (30.04.2020).

Gauland, Alexander (15.02.2019): Die GRÜNEN sabotieren eine vernünftige deutsche Politik. Online verfügbar unter https://www.afd.de/alexander-gauland-die-gruenen-sabotieren-eine-vernuenftige-deutsche-politik/ (30.04.2020).

Gauland, Alexander (13.03.2019): Energiewende – Die Klimahysterie bedroht unseren Wohlstand. Online verfügbar unter https://www.afd.de/alexander-gauland-energiewende-die-klimahysterie-bedroht-unseren-wohlstand/ (30.04.2020).

Gauland, Alexander (18.11.2019). Die Politik der GRÜNEN geht zulasten der Bürger. Online verfügbar unter https://www.afd.de/alexander-gauland-die-politik-der-gruenen-geht-zulasten-der-buerger/ (30.04.2020).

Gottschalk, Kay (19.07.2019): Die Bahnfahrt muss billiger werden und nicht das Fliegen teurer! Online verfügbar unter https://www.afd.de/kay-gottschalk-die-bahnfahrt-muss-billiger-werden-und-nicht-das-fliegen-teurer/ (30.04.2020).

Kalbitz, Andreas (06.08.2019): Frank Bsirskes klimastreikende Gewerkschafter verraten Arbeitnehmer. Online verfügbar unter https://www.afd.de/andreas-kalbitz-frank-bsirskes-klimastreikende-gewerkschafter-verraten-arbeitnehmer/ (30.04.2020).

Limmer, Sylvia (13.12.2019): Der „Green Deal" ist ein massiver Angriff auf die freie Gesellschaft! Online verfügbar unter https://www.afd.de/sylvia-limmer-der-green-deal-ist-ein-massiver-angriff-auf-die-freie-gesellschaft/ (30.04.2020).

Meuthen, Jörg (22.01.2019): Wirtschaftssadistische Ökoideologen gefährden Wachstum in Deutschland. Online verfügbar unter https://www.afd.de/joerg-meuthen-zur-iwf-prognose-%E2%88%92-wirtschaftssadistische-oekoideologen-gefaehrden-wachstum-in-deutschland/ (30.04.2020).

Meuthen, Jörg (10.09.2019): Jörg Meuthen wirft Grünen Panikmache vor. Online verfügbar unter https://www.afd.de/joerg-meuthen-gruene-wollen-neue-schulden-fuers-weltklima-machen-nicht-mit-der-afd/ (30.04.2020).

Meuthen, Jörg (13.05.2019): GRÜNE wollen neue Schulden fürs ‚Weltklima' machen – Nicht mit der AfD! Online verfügbar unter https://www.afd.de/klimadebatte-joerg-meuthen-wirft-gruenen-panikmache-vor/ (30.04.2020).

Meuthen, Jörg (28.11.2019): Klimanotstand – EU wird für Klimaflüchtlinge unzumutbar! Online verfügbar unter https://www.afd.de/joerg-meuthen-klimanotstand-eu-wird-fuer-klimafluechtlinge-unzumutbar/ (30.04.2020).

Meuthen, Jörg (11.12.2019): Green Deal ist plumper Aktionismus aus politischen Gründen. Online verfügbar unter https://www.afd.de/joerg-meuthen-green-deal-ist-plumper-aktionismus-aus-politischen-gruenden/ (30.04.2020).

Padzderski, Georg (11.06.2019): Streitschrift „Die Grünen endlich angreifen, statt sie hochzureden". Online verfügbar unter https://www.afd.de/georg-pazderski-streitschrift-die-gruenen-endlich-angreifen-statt-sie-hochzureden/ (30.04.2020).

Padzderski, Georg (19.09.2019): Deutscher Klima-Wahn ist ein ignoranter Alleingang. Online verfügbar unter https://www.afd.de/georg-pazderski-deutscher-klima-wahn-ist-ein-ignoranter-alleingang/ (30.04.2020).

Padzderski, Georg (07.10.2019): „Extinction Rebellion"-Extremisten nötigen Berliner. Online verfügbar unter https://www.afd.de/georg-pazderski-extinction-rebellion-extremisten-noetigen-berliner/ (30.04.2020).

Protschka, Stephan (20.09.2019): Klimapaket der Bundesregierung treibt Höfesterben weiter voran. Online verfügbar unter https://www.afd.de/stephan-protschka-klimapaket-der-bundesregierung-treibt-hoefesterben-weiter-voran/ (30.04.2020).

Protschka, Stephan (01.10.2019): Niederländische Landwirte protestieren zu Recht gegen Klimawandel-Vorwürfe. Online verfügbar unter https://www.afd.de/stephan-protschka-niederlaendische-landwirte-protestieren-zu-recht-gegen-klimawandel-vorwuerfe/ (30.04.2020).

von Storch, Beatrix (27.11.2019): Für Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit an deutschen Unis ist es fünf nach zwölf. Online verfügbar unter https://www.afd.de/beatrix-von-storch-fuer-meinungs-und-wissenschaftsfreiheit-an-deutschen-unis-ist-es-fuenf-nach-zwoelf/ (30.04.2020).

Weidel, Alice (05.09.2019): Die Energiepolitik der Bundesregierung wird zum Albtraum für die Bürger. Online verfügbar unter https://www.afd.de/alice-weidel-die-energiepolitik-der-bundesregierung-wird-zum-albtraum-fuer-die-buerger/ (30.04.2020).

Weidel, Alice (11.09.2019): Der pseudo-Klimaschutz ist ein Programm zur Industrie- und Arbeitsplatzvernichtung. Online verfügbar unter https://www.afd.de/alice-weidel-der-pseudo-klimaschutz-ist-ein-programm-zur-industrie-und-arbeitsplatzvernichtung/ (30.04.2020).

Weidel, Alice (27.09.2019): Klimapaket Groko – Kfz-Steuer wird sich mehr als verdoppeln. Online verfügbar unter https://www.afd.de/alice-weidel-klimapaket-groko-kfz-steuer-wird-sich-mehr-als-verdoppeln/ (30.04.2020).

Weidel, Alice (16.10.2019): Fehlgeleitete Wirtschaftspolitik macht Deutschland zum Abstiegskandidaten. Online verfügbar unter https://www.afd.de/alice-weidel-fehlgeleitete-wirtschaftspolitik-macht-deutschland-zum-abstiegskandidaten/ (30.04.2020).

Weidel, Alice (18.10.2019): Die Klimapolitik der Bundesregierung geht immer zu Lasten der kleinen Leute. Online verfügbar unter https://www.afd.de/alice-weidel-die-klimapolitik-der-bundesregierung-geht-immer-zu-lasten-der-kleinen-leute/ (30.04.2020).

Weidel, Alice (04.12.2019): Stromausfall – per Regierungsblackout in die Katastrophe. Online verfügbar unter https://www.afd.de/alice-weidel-stromausfall-per-regierungsblackout-in-die-katastrophe/ (30.04.2020).

Weidel, Alice (13.12.2019): China düpiert die Elektroauto-Planwirtschaft in Deutschland und der EU. Online verfügbar unter https://www.afd.de/alice-weidel-china-duepiert-die-elektroauto-planwirtschaft-in-deutschland-und-der-eu/ (30.04.2020).

ZUM AUTOR

Georg Sturm, 23, studiert im Master Internationale Beziehungen an der Freien Universität Berlin, der Humboldt-Universität zu Berlin und der Universität Potsdam. Seine Studienschwerpunkte sind Populismusforschung, Lateinamerikastudien und politische Theorie. Derzeit arbeitet er als freier Autor für die Tageszeitung (taz) und das Neue Deutschland (nd).

An dem Beitrag haben folgende Redaktionsmitglieder im Review, Betreuung und Lektorat mitgearbeitet: **Cathrin Mund**, **Andreas Schulz**, **Hendrik Erz** und **Tanja Strukelj.**